

WOLFGANG KLAUDER

## Zuwanderung – Ballast oder Stütze? Zu den Auswirkungen einer Zuwanderung auf Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Sozialsystem der Bundesrepublik

### I. ZU DEN GRUNDSÄTZLICHEN ÖKONOMISCHEN AUSWIRKUNGEN EINER ZUWANDERUNG

Die ökonomischen kurz- und längerfristigen Auswirkungen einer Zuwanderung sind nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Wissenschaft umstritten, ebenso wie die Beziehungen zwischen der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung und dem Wirtschaftswachstum. Dies ist nicht verwunderlich, ergibt sich doch das Wirtschafts- und Arbeitsmarktgeschehen aus einem hochkomplexen Zusammenspiel vieler unterschiedlicher Faktoren.

In den vergangenen Jahrzehnten nahmen die meisten Demographen und Demo-Ökonomen aufgrund historischer Parallelität, theoretischer Überlegungen und noch relativ einfacher Simulationsmodelle einen grundsätzlich positiven Zusammenhang zwischen der demographischen und der ökonomischen Entwicklung an.<sup>1</sup> Allerdings konnte in der Vergangenheit diese Hypothese häufig nicht ausreichend empirisch belegt werden. Der Wiener Nationalökonom *Feichtinger* bezweifelte daher 1977, daß der demographische und der ökonomische Sektor eng und eindeutig verknüpft sind, dafür sei bisher noch keine empirische Bestätigung geliefert worden.<sup>2</sup>

Erst in den letzten Jahren ermöglichten die Fortschritte der modernen Computertechnik, die ökonomischen Folgen der Bevölkerungsentwicklung, und zwar insbesondere einer Bevölkerungszunahme durch Einwanderung, mit makroökonomischen Modellen empirisch näher zu untersuchen.<sup>3</sup> Die vorliegenden Ergebnisse sprechen zwar tendenziell ebenfalls

---

<sup>1</sup> Vgl. z. B. *Bernhard Felderer*, *Wirtschaftliche Entwicklung bei schrumpfender Bevölkerung*, Berlin-Heidelberg-New York-Tokyo 1983, 193f.

<sup>2</sup> *Gustav Feichtinger*, *Bemerkungen über stationäre und schrumpfende Bevölkerungen*, in: *ders.* (Hg.), *Stationäre und schrumpfende Bevölkerungen*, *Lecture Notes in Economics and Mathematical Systems*, Bd. 149, Berlin-Heidelberg-New York 1977, 31.

<sup>3</sup> Vgl. z. B. *Wilfried Jahnke*, *Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 2000 – Simulationsergebnisse mit einem makroökonomischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland*, in: *Bernhard Felderer* (Hg.), *Bevölkerung*

für per Saldo – vor allem längerfristig – eher positive Einflüsse. Die Aussagen können jedoch je nach wirtschaftlicher Ausgangslage sehr unterschiedlich ausfallen und gelten auch nur auf sehr globaler Ebene. Außerdem zeigen sie, daß es zumindest kurzfristig auch deutliche negative Einflüsse und Anpassungslasten gibt.<sup>4</sup>

Die »im Normalfall« zu erwartende grundsätzliche Auswirkung einer Einwanderung auf den Arbeitsmarkt demonstriert eine im Ifo-Institut für Westdeutschland vorgenommene makroökonomische Simulation eines einmaligen Einwanderungsschocks in Höhe von jeweils 1% der Bevölkerung und der Erwerbspersonen.<sup>5</sup> Der Simulation zufolge kommt es zunächst zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit im Umfang der zuwandernden Erwerbspersonen, da die Zuwanderer ja bei ihrem Eintreffen noch über keinen Arbeitsplatz verfügen. Dementsprechend erhöht sich auch zunächst das Staatsdefizit. Binnen 5 Jahren ist jedoch diese anfängliche Arbeitslosigkeit, die man als eine Anpassungsarbeitslosigkeit ansehen kann, voll abgebaut. Vom 5. bis zum 20. Jahr nach der Einwanderung liegen die Arbeitslosenquoten trotz der Einwanderung sogar unter den Vergleichswerten einer Simulation ohne Einwanderung. »Der zuwanderungsbedingte Anstieg der Bevölkerungszahl wirft die Wirtschaft nicht aus dem Gleichgewicht, sondern führt sie im Zuge von Nachfrage- und Angebotsausweitung auf einen höheren Wachstumspfad, der auch die Beschäftigung der eingewanderten Bevölkerung weitgehend sichert. Ohne die Zuwanderung bleiben die Wachstumsimpulse hingegen aus, und die Beschäftigung erleidet Einbußen, soweit es nicht gelingt, zusätzliche Märkte auf andere Weise zu erschließen. Das durchschnittliche Realeinkommen pro Kopf nimmt im Simulationszeitraum mit und

---

und Wirtschaft, Berlin 1990, 211–229; Wolfgang Franz/Werner Smolny, Internationale Migration und wirtschaftliche Entwicklung: Eine theoretische und empirische Analyse mit Hilfe eines Mengenrationierungsmodells, in: Felderer, Bevölkerung (Anm. 3), 195–209; György Barabas/Arne Gieseck/Ullrich Heilemann/Hans Dietrich von Loeffelholz, Gesamtwirtschaftliche Effekte der Zuwanderung 1988 bis 1991, in: RWI-Mitteilungen, Jg. 43 (1992), 133–154; Robert Koll/Wolfgang Ochel/Kurt Vogler-Ludwig, Auswirkungen der internationalen Wanderungen auf Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Infrastruktur, in: ifo-Schnelldienst 6/93, 7–17.

<sup>4</sup> In einer Besprechung des Tagungsbandes zur einschlägigen 1989er Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik kommt schließlich Gundlach zu dem Ergebnis, daß sich die Ansicht durchgesetzt habe, die Zusammenhänge seien komplex, das Bevölkerungswachstum könne sowohl negative als auch positive Effekte haben und viele dem Bevölkerungswachstum zugeschriebene Probleme hätten andere Ursachen. Vgl. Erich Gundlach, Rezension zu Felderer, Bevölkerung (Anm. 3), in: Weltwirtschaftliches Archiv 2/93, 432.

<sup>5</sup> Koll u. a. (Anm. 3), 12f.

ohne Zuwanderung um etwa ein Drittel zu. Die Einwanderung gefährdet daher die Wohlfahrtsperspektiven der inländischen Bevölkerung nicht ...«.<sup>6</sup>

Diese »Normalreaktion« bedarf jedoch der Modifizierung. Was geschieht z. B., wenn sich die Wirtschaft in einer tiefen Rezession befindet oder es jedes Jahr zu einem Zuwanderungsschub kommt? Im ersten Fall dürfte sich der Anpassungsprozeß verzögern und demzufolge die anfängliche Anpassungsarbeitslosigkeit länger anhalten, da dann dem Einwanderungsimpuls kontraktive Rezessionstendenzen gegenüberstehen. Im zweiten Fall dürfte es länger dauern, bis die Wirtschaft den zur Integration fortlaufender Einwanderung nötigen noch höheren Wachstumspfad erreicht, so daß für einen längeren Zeitraum als im Ifo-Beispiel mit einer höheren Anpassungsarbeitslosigkeit zu rechnen ist.

Außerdem differenzieren alle bisher bekannten gesamtwirtschaftlichen Simulationsmodelle nicht nach der Struktur der Einwanderung. Sie berücksichtigen infolgedessen z. B. keine Altersstrukturen und auch keine strukturellen Diskrepanzen zwischen Angebot und Bedarf an Arbeitskräften, sondern weisen nur globale Ergebnisse aus.

Zweifellos sind Zuwanderer im allgemeinen relativ flexibel, regional sogar zumeist zunächst erheblich mobiler als z. B. die heimische Bevölkerung, und sie pflegen in der Regel mit großem Elan und zugleich häufig unter Inkaufnahme zunächst niedriger Einkommen und bescheidener Wohnverhältnisse an den Aufbau einer neuen Existenz zu gehen. Der positive Einfluß einer Zuwanderung auf Strukturwandel und Wachstum der Wirtschaft dürfte dabei um so größer sein, je höher der Anteil junger und qualifizierter Erwerbepersonen an den Zuwanderern ist und dadurch z. B. Fachkräfteengpässe vermieden oder behoben werden können. Hohes Alter, geringe Qualifikation, mangelnde Sprachkenntnisse müssen dagegen diesen positiven Humankapitaleinfluß deutlich mindern. Wie sind nun im Lichte dieser grundsätzlichen Bemerkungen die Zuwanderungen in die Bundesrepublik in Vergangenheit und Zukunft zu beurteilen?

## II. RÜCKBLICK

Wirft man einen Blick zurück auf die Geschichte der Bundesrepublik, so lassen sich bisher vier von Wanderungen unterschiedlich geprägte Entwicklungsphasen unterscheiden (Übersicht 1).

---

<sup>6</sup> Dies., 12f.

# Übersicht 1

## Mittelfristige Phasen der westdeutschen Arbeitsmarktentwicklung 1950–1992

– Veränderungen in Mio. Personen/% p.a. –

Zeitraum	Arbeitslosigkeit	Produktion durchschn. jährlich	Erwerbstätige	Potential an Erwerbspersonen	Bevölkerung
1950/60 Flüchtlingswelle	Abbau –1,6 Mio.	Starke Expansion +8,2%	Starke Expansion +5,0 Mio.	Expansion +2,5 Mio.	Starke Expansion +4,6 Mio. Wanderungssaldo ca. +3 Mio.
1960/73 Gastarbeiterwelle	Vollbeschäftigung +0,0 Mio.	Expansion +4,4%	Leichte Expansion +1,0 Mio.	Leichte Expansion +1,0 Mio. (Dtsche. –1,2 Mio.)	Starke Expansion +6,5 Mio. Wanderungssaldo +4,0 Mio.
1973/87 Anwerbestopp	Zunahme +2,0 Mio. (zusätzliche stille Reserve +1,2 Mio.)	Leichte Expansion +1,8%	Stagnation –0,0 Mio.	Starke Expansion +3,2 Mio.	Stagnation/Schrumpfung –0,9 Mio. Wanderungssaldo +0,7 Mio.
1987/92 Übersiedler, Aussiedler, Asylbewerber	Abnahme –0,2 Mio.	Expansion +3,5%	Expansion +2,4 Mio.	Expansion +2,3 Mio.	Starke Expansion +4,1 Mio. Wanderungssaldo +4,0 Mio.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, IAB-Berechnungen

entnommen aus: *Wolfgang Klauder*: Beschäftigung und Arbeitsmarktbilanz unter Einwanderungsdruck, in: Studiengesellschaft für Mittelstandsfragen (Hg.), Einwanderung und Wohlstand, München (in Vorb.)

IAB-VII/1-11/93

## 1. Phase 1945–60: Flüchtlingswelle – Bevölkerungs-/Potentialwachstum – Wirtschaftswunder

Seit dem Ende des II. Weltkrieges waren bis 1950 bereits ca. 8 Mio Vertriebene in das Gebiet der alten Bundesrepublik gekommen. Von 1950 bis 1960 flüchteten nochmals rd. 3 Mio Deutsche aus der damaligen DDR und aus Osteuropa nach Westdeutschland. Die Flüchtlingswelle trug zu einer starken Expansion der Bevölkerung und des Arbeitskräftepotentials bei und damit allerdings auch zu der in den ersten Jahren der Bundesrepublik recht hohen Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig kam es jedoch zum »deutschen Wirtschaftswunder« mit einem Wirtschaftswachstum von gut 8% p.a. und einem Beschäftigungsanstieg von 5,0 Mio in den 50er Jahren. Trotz der enormen Zuwanderung war dadurch schon bis 1957 die hohe Nachkriegsarbeitslosigkeit weitgehend abgebaut. 1960 lag die Arbeitslosenquote sogar nur noch bei 1,3%.

Dieses »Wirtschaftswunder« dürfte auch etwas damit zu tun haben, daß bei dem damaligen Flüchtlingszustrom der Anteil hochmotivierter qualifizierter Erwerbspersonen jüngerer und mittleren Alters recht hoch war. Außerdem wurde die Integration durch die gleiche Nationalität und Sprache erleichtert. Somit stand für die Wiederaufbauphase ein erheblicher Potentialüberschuß an qualifizierten und motivierten Arbeitskräften zur Verfügung. Ohne diesen Humankapitalüberschuß wäre es vermutlich nicht zum Wirtschaftswachstum *dieses* Umfangs gekommen.

## 2. Phase 1961–73: Gastarbeiterwelle – Bevölkerungswachstum – Schrumpfung des heimischen Potentials – Vollbeschäftigung

Die Zuwanderung der Jahre 1961 bis 1973 hatte einen völlig anderen Charakter als der vorherige Flüchtlingszustrom. Als nach der erreichten Vollbeschäftigung in den 60er Jahren einerseits die Bildungsbeteiligung zunahm, man allmählich auch früher in den Ruhestand zu gehen begann und 1973 schließlich die »flexible Altersgrenze« in Kraft trat, andererseits der Mauerbau von 1961 den Flüchtlingszustrom zum Erliegen gebracht hatte, kam es zu einer Trendwende beim Potential an deutschen Erwerbspersonen. Dieses sank bis 1973 um 1,2 Mio. Dadurch drohte ein allgemeiner Arbeitskräfteengpaß. Zum Ausgleich wurden systematisch »Gastarbeiter« aus südeuropäischen Ländern angeworben. Während 1960 noch keine 0,5 Mio Ausländer in der Bundesrepublik gelebt hatten, betrug 1973 die Anzahl ausländischer Arbeitskräfte bereits 2,6 Mio und die ausländische Einwohnerzahl knapp 4 Mio.

Durch diese Anwerbung konnte zweifellos die Gefahr globaler und struktureller inflations-treibender und wachstumsbegrenzender Arbeitskräfteengpässe weitgehend verhindert oder entschärft werden. Das Wirtschaftswachstum erreichte 4,4% p.a. Absolut wuchs das reale Sozialprodukt sogar jährlich um den gleichen Betrag wie in den 50er Jahren. Bei einem niedrigeren Gastarbeiterzustrom als geschehen wäre es dagegen auch nach den makroökonomischen Modellsimulationen von *Franz und Smolny*<sup>7</sup> in den Hochkonjunkturjahren 1968–73 zu geringerem Wirtschaftswachstum sowie zu höheren Preis- und Lohnsteigerungen gekommen. Allerdings klagten die Unternehmen trotz der Gastarbeiter zunehmend über wachstumshemmende Qualifikationsengpässe, waren die Gastarbeiter doch zumeist wenig qualifiziert und der deutschen Sprache kaum mächtig. Dies begünstigte eine gewisse Dualisierung der Erwerbstätigkeit in häufig komplementär aufeinander bezogene gute und schlechte Arbeitsplätze und den Aufstieg Deutscher mit Ausbildungsvorteilen auf attraktivere Arbeitsplätze. Für die Entwicklung mancher Wirtschaftszweige – wie z.B. Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie, Fahrzeugbau, Baugewerbe, Hotel- und Gaststättengewerbe – mit

<sup>7</sup> *Franz/Smolny* (Anm. 3), 206.

einem relativ hohen Anteil unattraktiver oder nur gering qualifizierter Tätigkeitsfelder wurde die Ausländerbeschäftigung sogar von so entscheidender Bedeutung, daß sie durch deutsche Arbeitskräfte oder gar durch Kapital kurzfristig heute kaum mehr substituierbar ist.

Ohne die Gastarbeiter hätte sicherlich aufgrund einer Arbeitskräfteknappheit der Strukturwandel zu einer kapitalintensiveren und arbeitsproduktiveren Wirtschaft erheblich beschleunigt werden müssen. Kapitalvernichtung bzw. Verschrottung sonst noch rentabler Anlagen und erhebliche strukturelle Friktionen mit erhöhtem Flexibilitätsbedarf bei deutschen Arbeitskräften wären die unvermeidliche Folge gewesen. Eine offene Frage ist indessen, ob dadurch nicht heute die deutsche Wirtschaft bei den veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen international konkurrenzfähiger dastünde.

### 3. Phase 1974–1987: Anwerbestopp – Bevölkerungsschrumpfung – Potentialwachstum – Arbeitslosigkeit

Die 1973 einsetzende erste Ölkrise markiert das Ende der Nachkriegsära. Wichtige Rahmenbedingungen des Wirtschaftslebens begannen sich zu ändern.<sup>8</sup> Der von der Ölkrise ausgelöste Beschäftigungseinbruch führte zu einem bis heute andauernden Anwerbestopp aus Nicht-EG-Ländern. Erlaubt blieb nur die Familienzusammenführung. Bis 1987 kam es dadurch nur noch zu einer geringfügigen Nettozuwanderung. Außerdem schrumpfte die deutsche Bevölkerung. 1987 lebten im Bundesgebiet schließlich rd. 1 Mio weniger Menschen als 1974, dem Jahr mit dem bis dahin höchsten Bevölkerungsstand. Geburten- und Bevölkerungsrückgang lösten in Wissenschaft und Öffentlichkeit heftige Diskussionen um die Auswirkungen aus. In der Wirtschaft machten sich erste Anzeichen von langfristigem Nachfragepessimismus bemerkbar.

Nicht beachtet wird häufig, daß die beiden Beschäftigungseinbrüche der Jahre 1974–76 (–1,2 Mio) und der Jahre 1981–83 (–0,7 Mio) jeweils binnen vier Jahren wieder aufgeholt werden konnten. Trotzdem gelang kein durchgreifender Wiederabbau der jeweils entstandenen Arbeitslosigkeit, vielmehr verfestigten sich die Arbeitslosenzahlen schließlich bei über 2 Mio zuzüglich einer Stillen Reserve von rd. 1 Mio. Dies hat auch damit zu tun, daß sich zwischen 1973 und 1987 das Erwerbspersonenpotential (mit +3 Mio) im gleichen Umfang erhöhte, bedingt durch die stark besetzten Nachwuchsjahrgänge der Nachkriegszeit und die seit den 70er Jahren zunehmende Erwerbsneigung der verheirateten Frauen. Um diesen Potentialanstieg ebenfalls zu absorbieren, reichte das 1973/87 erzielte Wirtschaftswachstum von durchschnittlich knapp 2% p.a. trotz gleichfalls verlangsamten Produktivitätsfortschritts nicht mehr aus.

Ohne Anwerbestopp wäre es in dieser Phase zu einem noch höheren Potentialanstieg und damit zweifellos wohl auch zu einer zumindest zeitweilig noch höheren Arbeitslosigkeit gekommen. Diese Vermutung wird durch die makroökonomischen Simulationen von Franz und Smolny<sup>9</sup> bestätigt. Ein konstanter Gastarbeiterzustrom von netto jährlich 0,2 Mio Nicht-EG-Ausländern hätte ihren Simulationen zufolge in dieser Periode zu anhaltend höheren Arbeitslosenzahlen, jedoch auch zu einem höheren Beschäftigungspfad bei geringem Lohn- und Preisauftrieb geführt.

<sup>8</sup> Vgl. Wolfgang Klauder, *Ohne Fleiß kein Preis: Die Arbeitswelt der Zukunft*, Zürich-Osnabrück, 2. Aufl. 1991, 17ff.

<sup>9</sup> Franz/Smolny (Anm. 3), 206f.

#### 4. Phase 1988–92: Übersiedler-/ Aussiedler-/ Asylbewerberzustrom – Bevölkerung-/Potentialwachstum – Wiedervereinigungsboom – sinkende Arbeitslosigkeit

1988 setzte eine erneute Trendwende in der Wanderungsentwicklung ein, ausgelöst und ermöglicht vor allem durch die politischen Umwälzungen im ehemaligen Ostblock. Insgesamt kamen binnen 5 Jahren 4 Mio Zuwanderer nach Westdeutschland. Außerdem pendeln seit der Wiedervereinigung viele ostdeutsche Erwerbspersonen zur Arbeit in den Westen, zuletzt rd. 0,4 Mio.

Diese Wanderungstendenzen trugen erheblich dazu bei, daß sich das westdeutsche Arbeitskräftepotential bis 1992 gegenüber 1987 nochmals mit +2,3 Mio kräftig erhöhte. Dennoch konnte die Zahl der registrierten Arbeitslosen im gleichen Zeitraum deutlich verringert werden, in den drei Jahren 1989–91 sogar um über 0,5 Mio, da im Zuge des Wiedervereinigungsbooms mit Raten des Wirtschaftswachstums von bis zu 5% die Beschäftigung noch stärker zunahm als das Potential. Trotz der Zuwanderung verminderte sich selbst bei den Ausländern die von jeher überdurchschnittliche Arbeitslosenquote um mehrere Prozentpunkte. Dem allgemeinen Beschäftigungsanstieg und Abbau der Arbeitslosigkeit setzte erst die 1992 einsetzende Wirtschaftsrezession ein vorläufiges Ende, während der Zuwandererstrom anhielt.

In der Expansions-Phase 1988–92 scheint somit die Zuwanderung zumindest im gesamtwirtschaftlichen Saldo keine durchschlagenden negativen ökonomischen Effekte gehabt zu haben. Hätte aber nicht vielleicht ohne Zuwanderung und ohne den daraus resultierenden Potentialanstieg der Abbau der Arbeitslosigkeit noch stärker ausfallen können?

Gestützt wird die positive Einschätzung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktauswirkungen der in dieser Phase erfolgten Zuwanderungen durch die Simulationen von *Barabas u. a.*<sup>10</sup> In einer mit dem makroökonomischen Konjunkturmodell des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung vorgenommenen Analyse der Auswirkungen der von 1988 bis 1991 nach Westdeutschland erfolgten Zuwanderungen (3,6 Mio Deutsche und Ausländer) kommen sie zu dem Ergebnis, »daß der Zuwanderungsstrom auf Bruttosozialprodukt, Arbeitsmarkt und Staatshaushalt durchweg positive Wirkungen hatte«<sup>11</sup>. Zwar erhöhte sich durch die Zuwanderung zunächst die Arbeitslosenquote um 0,3%-Punkte und verschlechterte sich der Finanzierungssaldo des Staates 1988 um 1,8 Mrd DM und 1989 um 2,6 Mrd DM. 1991 waren jedoch die Arbeitslosenquote um 0,2%-Punkte niedriger, die Beschäftigung um 1,2 Mio höher (davon 1,1 Mio Zuwanderer bei einem Erwerbspersonenpotential der Zuwanderer von 1,5 Mio), das Bruttosozialprodukt um reichlich 5% höher als sie ohne Zuwanderung gewesen wären. Außerdem wurden dadurch 1991 die öffentlichen Haushalte um gut 13 Mrd DM entlastet.

Dieses insgesamt positive Ergebnis dürfte allerdings wohl auch wiederum damit zusammenhängen, daß die Zuwanderung sich von 1988 bis 1991 mehrheitlich aus Übersiedlern und Aussiedlern zusammensetzte mit überdurchschnittlich hohen Anteilen jüngerer und qualifizierter Arbeitnehmer. Diese fanden angesichts des trotz der hohen Arbeitslosigkeit bestehenden Fachkräftemangels zumeist relativ schnell einen Arbeitsplatz, zumal sie häufig Abstriche bei Löhnen, Arbeitsbedingungen und Wohnen in Kauf nahmen, und minderten die wachstumshemmenden Fachkräftengpässe in der Wirtschaft.

<sup>10</sup> *Barabas u. a.* (Anm. 3), insbes. 148 ff. Die Effekte der Zuwanderung wurden dabei als Differenz zwischen einer Basissimulation, die die tatsächliche Entwicklung beschreibt, und einer Simulation ohne Berücksichtigung der erfolgten Zuwanderung errechnet.

<sup>11</sup> *Dies.*, 152.

## 5. Zuwanderung 1945 – 1992: Ballast oder Stütze?

Läßt man die vier Tendenzkonstellationen Revue passieren, so zeigt sich: Bis 1992 fallen günstige Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklungen mit Phasen deutlich wachsender Bevölkerung zusammen, wobei die Bevölkerungszuwächse anfangs zu einem großen Teil, zuletzt ausschließlich aus Zuwanderungsüberschüssen stammen. Der positive Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Bevölkerungsexpansion scheint offensichtlich sogar besonders ausgeprägt zu sein, wenn der Bevölkerungsanstieg aus Zuwanderungen resultiert.

Aus diesem positiven Befund dürfen jedoch nicht voreilig verallgemeinernde monokausale Schlüsse gezogen werden. Zwar spricht offensichtlich einiges dafür, daß erstens eine wachsende Bevölkerung zumindest einem Klima der Expansion förderlich ist, da sie im allgemeinen die Nachfrage stimuliert, und daß zweitens dadurch die zuwandernden Erwerbspersonen – gesamtwirtschaftlich betrachtet – sich per Saldo letztlich die für sie nötigen zusätzlichen Arbeitsplätze mittelfristig »selber schaffen«. Das schließt eine gewisse anfängliche Anpassungsarbeitslosigkeit nicht aus, zumal bei größeren Wanderungsschüben und/oder in einer Rezessionsphase der Wirtschaft. Dieses Untersuchungsergebnis entspräche im übrigen dem sog. Say'schen Theorem, daß sich jedes Angebot auch seine Nachfrage schaffe. Allerdings gilt dieses Theorem streng genommen nur, wenn zu Beginn eine Normalbeschäftigungssituation herrscht.

Die bisherige Entwicklung widerlegt aber auch nicht eindeutig das Ergebnis der für den Zeitraum von 1974 bis 1986 durchgeführten Simulationen von *Franz/Smolny*, daß in einer Phase hoher Arbeitslosigkeit und unausgelasteter Sachkapazitäten die Gefahr besteht, daß Zuwanderungen die Arbeitslosigkeit auch längerfristig erhöhen. Immerhin ist auch in der jetzigen Rezession der Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen und an der Stillen Reserve weitaus am stärksten gestiegen, was allerdings nicht nur mit den fachlichen und sprachlichen Defiziten der Ausländer, sondern auch mit dem Vorrangprinzip für Deutsche bei den Arbeitsvermittlungen zusammenhängt. *Franz* kommt in einer neueren Analyse der Auswirkungen einer Immigration auf die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Variablen sogar zu der Aussage, es erscheine »nahezu aussichtslos, generelle Aussagen über die Wohlfahrtseffekte der Migration zu machen«<sup>12</sup>.

---

<sup>12</sup> *Wolfgang Franz*, Zur ökonomischen Bedeutung von Wanderungen und den Möglichkeiten und Grenzen einer Einwanderungspolitik, Diskussionspapier Nr. 3, Universität Konstanz, Mai 1993, 17.

Zu bedenken ist jedoch folgendes: Die erwähnten negativen Simulationsergebnisse von *Franz/Smolny* für die Auswirkungen einer fiktiven Zuwanderung betrafen eine Phase ohne nennenswerte Nettozuwanderung und mit schrumpfender Bevölkerung in der Basissimulation der Effektiventwicklung, der eine Phase mit einem Zustrom weitgehend unqualifizierter Ausländer bei sinkendem deutschem Arbeitskräftepotential vorausgegangen war. In den Phasen 1950–60 und 1988–91 ist es dagegen sogar trotz hoher Zuwanderungen und trotz hoher Ausgangsarbeitslosigkeit zu einem deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit gekommen. Bei diesen Zuwanderungen waren jedoch die Anteile deutschsprachiger, jüngerer und qualifizierter Erwerbspersonen besonders hoch. Und selbst bei hoher allgemeiner Arbeitslosigkeit haben qualifizierte Erwerbspersonen ein weit unterdurchschnittliches Arbeitslosigkeitsrisiko.

Selbstverständlich hängen die Wirtschaftskonstellationen der einzelnen Phasen auch noch von vielen anderen Einflüssen ab. Dennoch dürften die Ergebnisse der Vergangenheitsanalyse für die These sprechen, daß die tatsächlich erfolgten Nettozuwanderungen in die Bundesrepublik bis etwa 1992 insgesamt gesehen eher Stütze als Ballast für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung und das Sozialsystem gewesen sind. Ferner scheint die Vergangenheitsentwicklung die bereits eingangs aufgestellte These zu bestätigen, daß die positiven Einflüsse eines Bevölkerungszuwachses durch Zuwanderung nicht unerheblich auch von der Struktur der Zuwanderer abhängen, insbesondere von dem Anteil qualifizierter und engagierter Erwerbspersonen.

Für Zukunftsaussagen ist daher *Barabas u. a.* zuzustimmen, wenn sie betonen, daß ihre insgesamt positiven Simulationsergebnisse »keineswegs unbeschränkt fortgeschrieben werden« können.<sup>13</sup> Sie seien von der jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Lage abhängig. Kontraproduktiv könnte schließlich eine Zuwanderung in Ballungsgebiete wirken, indem sie dortige Wohnungsengpässe und damit Mobilitätshemmnisse verschärfe sowie die Mietpreise in die Höhe treibe. »Ob die Zuwanderung in Zukunft die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik eher fördern oder behindern wird, muß hier letztlich offen bleiben. Tendenziell dürften die positiven Wirkungen um so mehr überwiegen, je höher der Anteil qualifizierter Fachkräfte an der Zuwanderung ist und je besser es gelingt, aus der jeweiligen Folgegeneration gut ausgebildete Nachwuchskräfte heranzubilden«<sup>14</sup>.

---

<sup>13</sup> *Barabas u. a.* (Anm. 3), 152.

<sup>14</sup> *Dies.*, 153.

Dagegen bietet die Vergangenheitsentwicklung noch kaum Hinweise darauf, inwieweit Zuwanderungen die durch die niedrigen Geburtenziffern drohenden strukturellen Probleme lösen können, wie sie in Zukunft insbesondere durch Schrumpfungs- und Alterungstendenzen der Bevölkerung und des Arbeitskräftepotentials entstehen könnten.

### III. VORAUSSCHAU

#### 1. Bevölkerungsperspektiven

Umfang sowie Alters- und Geschlechtsstruktur der zukünftigen Bevölkerung werden durch Fertilität, Mortalität und Wanderungen bestimmt. Hierfür lassen sich folgende Trends feststellen:

Die Geburtenziffern liegen in Deutschland seit gut 20 Jahren bei ungefähr zwei Dritteln des zur Bestandserhaltung nötigen Niveaus, in Großstädten sogar noch darunter. Bei dem Geburtenrückgang handelt es sich um einen säkularen Mega-Trend, der in allen Industrieländern zu beobachten ist. In Deutschland setzte er schon in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts ein. Bereits in den zwischen 1920 und Mitte der 60er Jahre geschlossenen Ehen werden im Durchschnitt nur noch 2 Kinder geboren, eine kaum noch zur Bestandserhaltung ausreichende Kinderzahl.<sup>15</sup>

Die Gründe für diese Grundtendenz sind komplex.<sup>16</sup> Eine nicht geringe Rolle dürften dabei die in den Industrieländern im Zuge der Industrialisierung und Urbanisierung mehr oder weniger umfangreich errichteten kollektiven Alterssicherungssysteme spielen, so daß der Einzelne für sein Alter nicht mehr selbst durch möglichst viele eigene Kinder vorsorgen muß. Der Geburtenrückgang der letzten Zeit dürfte außerdem etwas mit dem ausgeprägten Wertewandel vom »Selbstzwang« zur »Selbstentfaltung«<sup>17</sup> zu tun haben, der einen umfassenden Individualisierungsprozeß einleitete und die Abkehr von traditionellen Bindungen verstärkte. Er geht einher mit einem seit etwa 1970 steigenden Trend der Erwerbsquoten verheirateter Frauen.<sup>18</sup>

Wenn man die heute vorherrschenden Gründe für den Kinderwunsch analysiert, so ergibt sich, daß sich diese zumeist auch schon mit 1 – 2 Kindern befriedigen lassen. Zur Erhaltung des Bevölkerungsstandes müßten aber im Schnitt 2,3 Kinder je Frau geboren werden. Das

<sup>15</sup> *Charlotte Höhn*, Aktuelle Bevölkerungsfragen in Europa und in den anderen Industrieländern, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 18, 3/1992, 273.

<sup>16</sup> Vgl. z.B. *Karl Martin Bolte* (Bearb.), Bestimmungsgründe der Geburtenentwicklung und Überlegungen zu einer möglichen Beeinflußbarkeit, in: Bevölkerungsentwicklung und nachwachsende Generation, Bericht eines Arbeitskreises der Gesellschaft für sozialen Fortschritt, Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 93, Stuttgart 1980.

<sup>17</sup> Vgl. *Helmut Klages*, Wertedynamik, Zürich-Osnabrück 1988.

<sup>18</sup> Vgl. z.B. *Wolfgang Klauer*, Wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit heute und morgen, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 18, 4/1992, 435–463.

heißt realiter, es «... müßten fast dreimal so viele Frauen wie jetzt, d. h. über 40%, drei oder mehr Kinder haben. Das trifft heute auch für solche Gesellschaften nicht mehr zu, die in ganz großem Umfang die Kinderbetreuung professionalisiert haben»<sup>19</sup>. Anzeichen für allgemeine grundlegende Einstellungsänderungen gibt es bislang nicht. Möglich erscheint höchstens eine Abschwächung des Geburtenrückganges, wenn Hemmnisse abgebaut werden, die derzeit verhindern, daß vorhandene Wünsche nach Kindern auch realisiert werden. Für die absehbare Zukunft muß daher von Geburtenraten unter dem Bestandserhaltungsniveau ausgegangen werden.

Dem Geburtenrückgang steht bisher in allen Industrieländern ein sich – abgesehen von Kriegs- und Katastrophenauswirkungen – ziemlich gleichmäßig vollziehender langsamer Anstieg der Lebenserwartung gegenüber. Längerfristig erscheint es jedoch nicht ausgeschlossen, daß dieser bislang steigende Trend – z. B. durch die Umweltverschmutzung – zum Stillstand kommt oder sich sogar umkehrt.

Nicht umkehrbar dürfte dagegen der bereits eingangs erwähnte Zuwanderungsdruck sein. Innerhalb der EU ist zwar wegen des generellen Geburtenrückganges kaum mit einem Anwachsen des Wanderungspotentials zu rechnen. Jedoch werden sich vermutlich weder die Bundesrepublik noch die EU in einer Umwelt ärmerer und teilweise in ihrer Existenz gefährdeter und noch wachsender Bevölkerungen auf Dauer zu einer Insel mit schrumpfender Einwohnerzahl und zugleich steigendem Lebensstandard abschotten können.

Über die möglichen längerfristigen Auswirkungen dieser Mega-Trends liegen eine Reihe von Modellrechnungen vor.<sup>20</sup> Die Ergebnisse lassen sich grob wie folgt zusammenfassen, wenn man von den unterschiedlichen Berechnungseinheiten einmal absieht:

### *Globale Ergebnisse:*

- Bei ab 1990 unveränderter Fruchtbarkeit und Lebenserwartung sowie Wanderungssaldo von Null würde die Bevölkerungszahl Deutschlands

<sup>19</sup> Karl Schwarz, Zusammenfassung, in: Ders. (Hg.), Frauenerwerbstätigkeit – Demographische, soziologische, ökonomische und familienpolitische Aspekte –, Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, H. 77, Wiesbaden 1992, 11.

<sup>20</sup> Z. B. Rainer H. Dinkel/Uwe Lebok, Können durch Zuwanderung die Alterung der Bevölkerung und die daraus resultierenden Zusatzlasten der Sozialen Sicherung aufgehalten oder gemildert werden? In: Deutsche Rentenversicherung 6/93, 388–400; Erika Schulz (Bearb.), Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010 mit Ausblick auf 2040, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 29/93, 393–404; Bettina Sommer, Entwicklung der Bevölkerung bis 2030, Ergebnis der siebten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, in: Wirtschaft und Statistik 4/1992, 217–222 und 220–221; Manfred Thon, Perspektiven des Erwerbspersonenpotentials in Gesamtdeutschland bis zum Jahre 2030, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 4/1991, 706–712.

- drastisch schrumpfen, zwischen 1990 und 2030 um reichlich 16 Mio. Dabei führen die niedrigen Geburtenziffern in der Periode nach 2010 zu einem fast doppelt so starken Rückgang wie bis 2010.
- Ein Anstieg der Lebenserwartung (in Westdeutschland um rd. 2 Jahre bis 2000 und eine allmähliche Anpassung Ostdeutschlands an das Westniveau) könnte trotz Absinkens der ostdeutschen Geburtenraten auf Westniveau den Schrumpfungseffekt um gut 1 Mio abschwächen.
  - Nettozuwanderungen zwischen 4 und 5 Mio bis 2030 (bei Schwerpunkt bis 2010) würden im Verein mit der längeren Lebenserwartung den unter Status-quo-Bedingungen zu erwartenden Schrumpfungseffekt ungefähr halbieren.
  - Etwa 8–9 Mio Zuwanderer wären netto bis 2030 (bei Schwerpunkt bis 2010 und unter der Annahme einer weiter steigenden Lebenserwartung) nötig, um den Geburtenrückgang weitgehend auszugleichen.
  - Kämen jährlich per Saldo rd. 0,5 Mio Zuwanderer, davon die Hälfte Frauen, bis 2030 also insgesamt rd. 20 Mio, gäbe es bei konstanter Fruchtbarkeit und Lebenserwartung 2010 gut 6 Mio Einwohner mehr als 1990 und selbst zwischen 2010 und 2030 noch einen geringfügigen Bevölkerungszuwachs von 1 Mio.
  - Die Bevölkerungseffekte der Zuwanderung schwanken nicht nur mit ihrem Umfang, sondern auch mit der altersmäßigen Zusammensetzung. Bei den bisher zitierten Zuwanderungen wurden die in den verschiedenen Basisjahren realisierten Altersstrukturen zugrundegelegt. Bestünde aber z.B. die zuletzt erwähnte Zuwanderung nur aus 15–19jährigen, erhöhte sich die Bevölkerungszahl bis 2030 um rd. 14 Mio, während lauter 40–44jährige den Geburtenrückgang bereits nach 2010 nicht mehr kompensieren könnten.

#### *Altersstrukturelle Ergebnisse:*

- Nettozuwanderungen zwischen 1990 und 2030 bis etwa 10 Mio und in Alters- und Geschlechtsgliederungen sowie mit einem Rotationssockel wie in den letzten Jahren realisiert, führen nur zu einer bestenfalls geringfügigen Dämpfung des Alterungsprozesses, der bei einem Wanderungssaldo von Null (bei Nullwanderung oder bei einer auf jeder Altersstufe gleich großen Zahl von Ab- und Zuwanderungen) zu erwarten wäre. Trotz Zuwanderung dürfte so wie auch ohne Zuwanderung 2010 jeder vierte und 2030 jeder dritte Einwohner Deutschlands über 59 Jahre alt sein, während es 1990 erst jeder fünfte war.

- Eine Zuwanderung zwischen 1990 und 2030 von 10 Mio Männern und 10 Mio Frauen in der Altersstruktur der Zuwanderung nach Westdeutschland des Jahres 1989, die durch den Zustrom junger Familien aus der damaligen DDR geprägt war, vermag die Alterung um etwa ein Drittel abzuschwächen.
- Erst wenn jedes Jahr ausschließlich 0,5 Mio Jugendliche zuwandern würden, wird der Alterungsprozeß drastisch verringert, aber auch dann nicht völlig gestoppt.

*Fazit:* Zuwanderung kann bei genügend großem Umfang zwar die aufgrund des Geburtenrückganges zu erwartende Schrumpfung der Bevölkerungszahl kompensieren, den Alterungsprozeß aber höchstens abschwächen, es sei denn, es wanderten außerdem jeweils fast nur junge Menschen zu. Letzteres dürfte jedoch kaum realistisch sein. Zur Lösung der aus der Alterung herrührenden Probleme kann demzufolge eine Zuwanderung nur begrenzt etwas beitragen.<sup>21</sup>

## 2. Perspektiven des Arbeitskräfteangebots

Auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes stoßen in allen Industrieländern die beiden demographischen Mega-Trends des Geburtenrückganges und der Zuwanderungen auf zwei weitere Mega-Trends, nämlich auf den angebotserhöhenden Anstieg der Erwerbsquoten der Frauen, insbesondere der verheirateten Frauen, sowie auf den Wunsch von immer mehr Frauen und Männern nach mehr individueller Arbeitszeitgestaltung im Sinne von sowohl mehr Mitverantwortung als auch mehr Zeitsouveränität, insbesondere mehr individuellen Teilzeitmöglichkeiten, ein per Saldo das angebotene Arbeitsvolumen eher reduzierender Effekt. Beide Mega-Trends stehen im Zusammenhang mit dem gestiegenen Bildungsgrad und dem davon nicht unabhängigen, bereits erwähnten Wertewandel in unserer Gesellschaft vom »Selbstzwang« zur »Selbstentfaltung«.

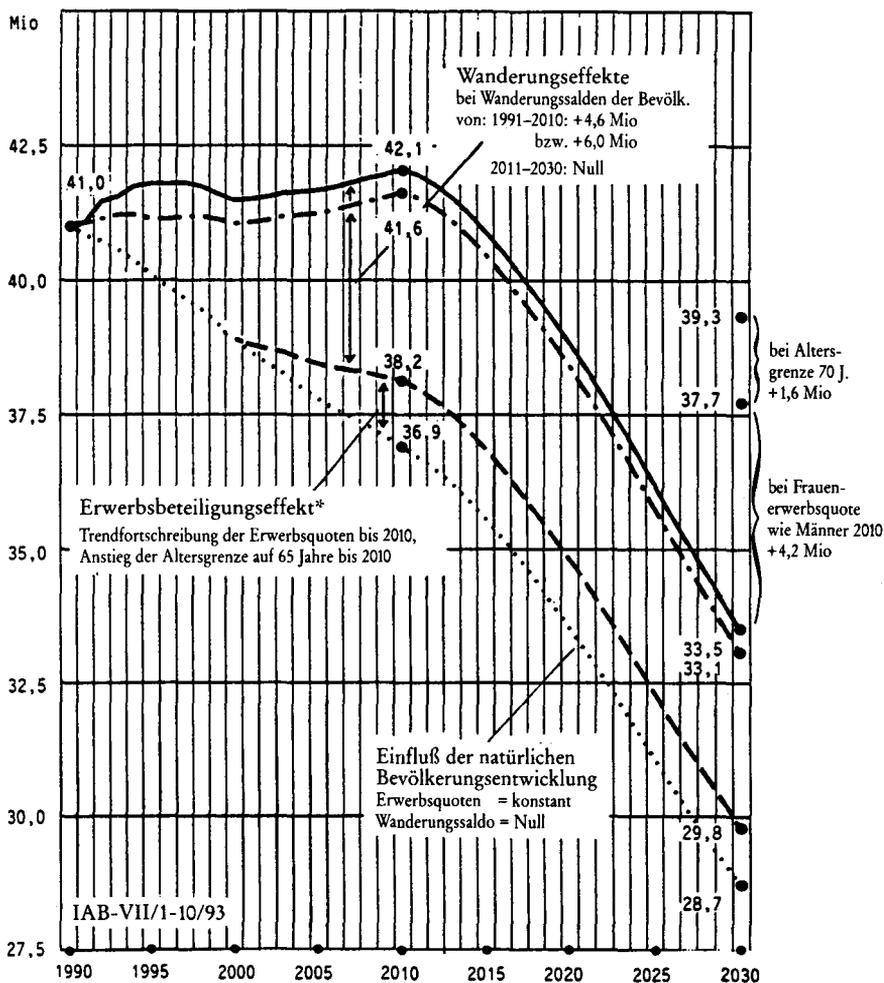
Wie sich diese Trends auf das Arbeitskräfteangebot auswirken können, sei exemplarisch anhand der Modellrechnungen des IAB für das Erwerbspersonenpotential demonstriert.<sup>22</sup> Übersicht 2 gibt einen Überblick über die globalen *Ergebnisse*:

<sup>21</sup> Die Leiterin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung kommt daher zu dem Schluß: »Die Hoffnung einiger Politiker, die alternde Bevölkerung durch Einwanderung ›reparieren‹ zu können, erweist sich als Illusion.« *Höhn* 274 (Anm. 15).

<sup>22</sup> Vgl. *Thon* (Anm. 20).

## Übersicht 2

### Gesamtdeutsches Erwerbspersonenpotential 1990–2030 in Mio



\* In den 90er Jahren kann der Rückgang der ostdeutschen Frauenerwerbsquoten den Anstieg der westdeutschen Quoten mehr oder weniger kompensieren. Da für die 90er Jahre besonders unsicher ist, wie schnell eine gewisse Anpassung an Westdeutschland erfolgt, wurde auf einen Ausweis des gesamtdeutschen Erwerbsbeteiligungseffektes in den 90er Jahren verzichtet.

Quelle: IAB-Projektion 1991 (Thon, Perspektiven des Erwerbspersonenpotentials in Gesamtdeutschland bis zum Jahre 2030, in: MittAB 4/91) und IAB-VII/1-Berechnungen von 1993.

- Aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung würde das gesamtdeutsche Erwerbspersonenpotential bis 2030 um über 12 Mio sinken, dabei nach 2010 doppelt so stark wie vor 2010 (unterste Kurve).
- Die Wiederanhebung der Altersgrenze auf 65 Jahre und der in Westdeutschland noch steigende Trend der Frauenerwerbsneigung können den demographisch bedingten Potentialrückgang bis 2010 nur um ca. 1,3 Mio abschwächen (gestrichelte Kurve). Der Anstieg der westdeutschen Quoten wird dabei durch die teilweise Anpassung der ostdeutschen hohen Frauenerwerbsbeteiligung an die niedrigeren westdeutschen Verhältnisse vor allem in den 90er Jahren mehr oder weniger kompensiert. Allerdings werden auch für das Jahr 2010 noch um bis zu 10%-Punkte höhere ostdeutsche Frauenerwerbsquoten wegen der durch die DDR-Vergangenheit geprägten Lebenseinstellungen und -umstände angenommen.
- Erst bei bis 2010 steilerem westdeutschen Trend und bei einer Fortsetzung dieses Trendanstiegs der westdeutschen Frauenerwerbsquoten und einem Wiederanstieg der ostdeutschen Frauenerwerbsquoten bis 2030 jeweils bis auf das Männerniveau -wie in der früheren DDR - wäre ein größerer Kompensationseffekt möglich (2030 zusätzlich bis + 4,2 Mio). Hierbei handelt es sich jedoch sicherlich um eine Obergrenze der Frauenerwerbsbeteiligung. Ihre Realisierung dürfte schon von der regionalen Verteilung der Bevölkerung und der Arbeitsplätze her auf große Schwierigkeiten stoßen und kaum ohne negative Rückwirkungen auf die Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft möglich sein, zumindest gravierende gesellschaftliche Veränderungen wie z. B. eine erhebliche Ausbreitung flexibler, individueller Teilzeitmodelle erfordern. Letzteres mindert wiederum den Kompensationseffekt bei einer Umrechnung auf Vollzeitkräfte.
- Käme es nach 2010 zu einer weiteren Anhebung der effektiven Altersgrenze von 65 auf 70 Jahre, ergäbe sich 2030 ein zusätzlicher Potentialeffekt um + 1,6 Mio Erwerbspersonen (unter der Annahme, daß die Erwerbsquoten der 65-69jährigen zwei Drittel der 60-64jährigen des Jahres 2010 betragen).
- Insgesamt könnte demzufolge bis 2030 durch eine maximale Frauenerwerbstätigkeit und eine Ausweitung der Lebensarbeitszeit bis zum 70. Lebensjahr der Kopfbilanz nach etwa die Hälfte des durch die niedrigen Geburtenziffern drohenden Potentialrückganges ausgeglichen werden. Es verbliebe dann eine Potentialschrumpfung um rd. 6 Mio Erwerbspersonen, die bis 2030 gegebenenfalls durch Zuwanderungen kompensiert werden müßte. Abgesehen vom Arbeitskräftebedarf hängt der Umfang der dazu erforderlichen Zuwanderung an Bevölkerung für einen so langen Zeitraum allerdings zu sehr sowohl von der zwischenzeitlichen Entwicklung der Frauen- und Alterserwerbstätigkeit als auch von den Erwerbsquoten, der Geschlechts- und Altersstruktur und der zeitlichen Verteilung der Zuwanderer ab, als daß hierzu genauere Aussagen möglich wären.
- Die IAB-Modellrechnungen berücksichtigen für die Jahre 1991 bis 2010 zusätzlich zu dem steigenden Trend der Frauenerwerbsneigung und zu der Wiederanhebung der Altersgrenze (gestrichelte Kurve) einen Zuwanderungssaldo bei der Bevölkerung von 4,6 bzw. - in einer aktualisierten Variante - 6,0 Mio Personen in den Alters- und Geschlechtsstrukturen von 1988, von denen 3 bzw. 4,4 Mio bereits bis 2000 und jeweils 1,6 Mio 2001 bis 2010 kämen. Unter diesen Annahmen gäbe es selbst 2010 kaum weniger, sondern eher mehr Erwerbspersonen als heute (oberste zwei Kurven). Da der Wanderungssaldo in den drei Jahren 1991 bis 1993 bereits rd. 2 Mio betragen dürfte, brauchen dazu von 1994 bis 2000 bei »normaler« Alters- und Geschlechtsstruktur sogar nur noch jährlich ca. 140 000 bzw. 340 000 und von 2001 bis 2010 jeweils 160 000 Personen netto zuzuwandern, um das Angebot an Arbeitskräften weitgehend konstant zu halten. Das sind insgesamt im Zeitraum 1994 bis 2010 rd. 2,4 - 4 Mio bzw. durchschnittlich-jährlich 150 000 - 240 000 Personen und somit Zuwanderungssalden, die zu einem großen Teil schon allein durch den zu erwartenden Aussiedlerzustrom erreicht werden dürften.
- Nach 2010 würde jedoch bei diesen IAB-Modellvarianten ohne weitere Zuwanderungen und/oder zusätzliche Änderungen bei der Erwerbsbeteiligung der Geburtenrückgang die Erwerbspersonenzahl um gut 8,5 Mio bzw. etwa ein Fünftel absinken lassen. Bei einem

weiteren Anstieg der Altersgrenze auf 70 Jahre und der Frauenerwerbsquoten auf Männerniveau bis 2030 wäre dagegen nach 2010 nur noch ein Potentialrückgang von knapp 3 Mio bzw. rd. 7% zu kompensieren, um das Potential auf dem IAB-Projektionsniveau von 2010 zu halten. Dementsprechend würde sich auch der für die Zeit nach 2010 gegebenenfalls erforderliche zusätzliche Einwanderungsbedarf auf ein Drittel verringern. Je nach Annahmen müßten sich mithin nach 2010 Nettozuwanderungen an Bevölkerung zwischen – überschlägig berechnet – etwa 4 und 13 Mio ergeben, wenn das Potential an Erwerbspersonen nicht absinken soll.

Beim Umfang des Arbeitsangebotes kommt es jedoch nicht nur auf die Anzahl der Erwerbspersonen an, sondern auch auf das angebotene Arbeitsvolumen in Stunden. Durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Urlaubsverlängerung und Zunahme der Teilzeitarbeit hat sich in Westdeutschland die durchschnittliche effektive Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen seit 1960 um 25%, seit 1973 um 15% und seit 1980 um 9% verringert und somit den seit 1973 zu beobachtenden Anstieg der Anzahl der Erwerbspersonen um insgesamt 19% zu einem großen Teil kompensiert. Bei Fortsetzung des Arbeitszeittrends seit 1980 von  $-0,7\%$  p.a. wäre die Arbeitszeit 2010 immerhin um nochmals 11% und bis 2030 um 23% geringer als heute, während das Erwerbspersonenpotential nach den beiden oberen IAB-Potentialkurven (Wanderungssaldo ab 2010 = Null) im Jahre 2030 um rd. 20% niedriger wäre als 2010 oder heute.

Es fragt sich demzufolge, ob nicht in späterer Zukunft nicht nur von der »Lebensarbeitszeit« bzw. Erwerbslebensdauer her, sondern auch seitens der Jahresarbeitszeit ein Beitrag zum Ausgleich des Potentialrückganges möglich wäre, auch wenn gegenwärtig angesichts der hohen Arbeitslosigkeit Verkürzungen im Vordergrund stehen. Zwar lassen sich die bisher unerfüllten Wünsche der Arbeitnehmer nach Teilzeitarbeit in den verschiedensten Formen<sup>23</sup> auf ca. 8% des Arbeitsvolumens veranschlagen, das entspräche einem Entzugseffekt von rd. 2 Mio Personen – eine bisher übrigens nicht ausgeschöpfte Möglichkeit zum drastischen Abbau der heutigen Arbeitslosigkeit auf freiwilliger individueller Basis. Zumal bei weiterer Flexibilisierung und Individualisierung der Jahresarbeitszeit dürfte der Wunsch nach weiterer Verkürzung der Jahresarbeitszeit aber bei vielen sicherlich zunehmend an Bedeutung verlieren und bei manchen auch die Bereitschaft sowohl zu längeren Lebens- als auch zu wieder längeren Jahresarbeitszeiten wachsen, wenn die Arbeit interessant genug ist, um sie als einen sinnvollen Bestandteil des Lebens anzusehen. Flexibilisierungen und Individualisierungen der Arbeitszeiten könnten

---

<sup>23</sup> Vgl. z.B. *Christian Brinkmann/Hans Kohler*, Teilzeitarbeit und Arbeitsvolumen, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 4/1989, 478.

somit sowohl den kurzfristigen als auch den längerfristigen Erfordernissen Rechnung tragen.

*Fazit:* Zumindest bis ungefähr 2010 ist es ziemlich unwahrscheinlich, daß die niedrigen Geburtenziffern bereits zu dem in der Vergangenheit oft befürchteten Rückgang des Angebots an Arbeitskräften führen. Zur Kompensation der Schrumpfungskomponente reichen schon im Vergleich zu den letzten Jahren relativ geringfügige weitere Zuwanderungen aus, etwa im Umfange des noch vorhandenen Potentials an Aussiedlern. Nach 2010 müßten die Zuwanderungen wahrscheinlich höher ausfallen, um einen Potentialrückgang zu vermeiden. Je nach Ausweitung der Alterserwerbstätigkeit und Frauenerwerbstätigkeit sowie nach Verlauf und Struktur der Zuwanderung besteht allerdings ein erheblicher Spielraum für den Umfang einer kompensatorischen Nettozuwanderung, z. B. nach den vorstehenden Überschlagsrechnungen auf Basis der IAB-Projektionen schätzungsweise zwischen 200 000 und maximal 650 000 Personen pro Jahr. Zu bedenken ist ferner, daß sich diese Zahlen auf jeden Fall durch eine Wiederverlängerung der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen weiter verringern ließen.

Kann Konstanz des Arbeitskräftepotentials oder des potentiellen Arbeitsvolumens aber überhaupt ein Maßstab für einen eventuellen Zuwanderungsbedarf sein? Die bisherige Betrachtung läßt noch die Bedarfsseite des Arbeitsmarktes und damit die Frage außer Betracht, wieviele und welche Arbeitskräfte in Zukunft überhaupt gebraucht werden, Fragen, deren Beantwortung vom zukünftigen Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und Produktivitätsfortschritt abhängt.

### *3. Perspektiven des Arbeitskräftebedarfs*

In der Bundesrepublik hat die Unterbeschäftigung 1993 einen Rekordumfang erreicht: 3,5 Mio registrierte Arbeitslose, ca. 1,8 Mio Stille Reserve, 2,2 Mio Erwerbspersonen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Arbeitsbeschaffung, Kurzarbeit, Weiterbildung, Vorruhestand und Altersübergangsgeld aufgefangen. Zusammengenommen fehlt es an mehr als 7 Mio »normalen« Arbeitsplätzen. Aber auch eine nicht geringe Anzahl »normaler« Arbeitsplätze wäre in Ost und West ohne staatliche Subventionen nicht wettbewerbsfähig.

Solange die Unterbeschäftigung nicht auf ein erträgliches Maß zurückgeführt ist und nicht konjunkturelle Auftriebskräfte vorherrschen, besteht vom Arbeitskräftebedarf her keine Notwendigkeit für Zuwanderungen, abgesehen von eventuellen speziellen Engpaßbereichen. Immerhin ist derzeit bereits fast jede dritte ausländische Erwerbsperson ohne Arbeits-

platz.<sup>24</sup> Bei weiteren Zuwanderungen ist in einer solchen rezessiven Situation die Gefahr groß, daß die Zuwanderer zumindest vorerst letztlich das Heer der Arbeitslosen und Stillen Reserve vergrößern, sei es direkt, zumal bei der Arbeitsvermittlung Deutschen Vorrang vor Ausländern eingeräumt wird, oder sei es indirekt dadurch, daß Zuwanderer geringer Qualifizierte von ihren Arbeitsplätzen verdrängen bzw. die heimischen Möglichkeiten von den Arbeitgebern oder den Arbeitslosen und Erwerbstätigen nicht genügend wahrgenommen und ausgeschöpft werden. Mit welcher Arbeitsmarktsituation ist nun in Zukunft zu rechnen? Geht uns etwa die Arbeit aus?

Die Industrieländer stehen in der Anfangsphase eines grundlegenden Strukturwandels der gesamten Wirtschafts- und Arbeitswelt, wie er vielleicht nur mit dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft zu vergleichen ist. Man denke an die neuen Technologien, die zunehmende Internationalisierung und die nötige Ökologisierung des Wirtschaftens sowie den Wertewandel, insbesondere auch an die durch die neuen Informationstechnologien ohne Effizienzeinbußen eröffneten Möglichkeiten zur Automatisierung, zur Flexibilisierung und Dezentralisierung, zur Umkehr der bisherigen Trends zur Großtechnologie und innerbetrieblichen Arbeitsteilung, zur Gruppenarbeit und »lean-production«.

Der dazu erforderliche Strukturwandel ist jedoch in Westdeutschland offensichtlich während des letzten langanhaltenden Aufschwungs und insbesondere des Wiedervereinigungsbooms nicht genügend in Angriff genommen worden. Die in ihrem Umfang bisher durchaus nicht aus dem Rahmen fallende weltweite Rezession hat diese aufgelaufenen Struktur-schwächen und Versäumnisse nunmehr lediglich in dramatischer Weise offengelegt. In Ostdeutschland handelt es sich dagegen um eine unvermeidliche strukturelle Anpassungskrise aufgrund des Übergangs von der früheren, abgeschotteten und abgewirtschafteten, unproduktiven Planwirtschaft mit veralteter und nicht marktgerechter, schwerindustriellastiger Wirtschaftsstruktur und Technik zu einer offenen, in den Westen integrierten Marktwirtschaft.<sup>25</sup>

Herausforderungen und damit Aufgaben und Arbeit sind also auch bei uns genügend vorhanden. Wird es aber auch genügend bezahlte Arbeit

---

<sup>24</sup> Während der Anteil der Ausländer an den Erwerbstätigen bei 8% liegt, beträgt der Anteil an den registrierten Arbeitslosen 15% und an der Stillen Reserve etwa ein Drittel.

<sup>25</sup> Vgl. z. B. Wolfgang Klauder, Der gesplante Arbeitsmarkt im vereinten Deutschland, in: Herderkorrespondenz 4/1991, 164–170; Ders., Droht hohe Dauerarbeitslosigkeit?, in: Herderkorrespondenz 9/1993, 467–473.

geben? Dies hängt von den Reaktionen der Menschen und ihrer Politik ab. Viele Untersuchungen zeigen: Je mehr Beharrungstendenzen und Abwehrstrategien überwiegen, alte Arbeitsplätze subventioniert und vor Konkurrenz geschützt werden, je mehr es auch um die Verteilung des Sozialproduktkuchens und damit um Konsum statt um genügend Zukunftsinvestitionen geht, desto ungünstiger wird sich die längerfristige Beschäftigungslage entwickeln. Dagegen wird die Gesamtzahl der Arbeitsplätze um so höher ausfallen, je offensiver, anpassungsbereiter und schneller Wirtschaft und Gesellschaft auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren und mit Flexibilität und Investitionen den nötigen Strukturwandel vorantreiben. Die Geschichte des technischen Fortschritts und der florierenden Industriegesellschaften ist eine Geschichte der fortlaufenden Umwandlung oder Vernichtung hergebrachter Märkte und Arbeitsplätze sowie der Entstehung neuer Produktmärkte und Betätigungsfelder und damit neuer Arbeitsplätze.

Bei den bisher absehbaren Rahmenbedingungen und Verhaltensweisen ist allerdings nach den Vorausschätzungen der Prognos AG<sup>26</sup> in Ost- und Westdeutschland erst ab Mitte der 90er Jahre mit einem langsamen und sich nur allmählich beschleunigenden Wiederanstieg der Beschäftigung zu rechnen. Im Jahre 2000 könnte nach Prognos die registrierte Arbeitslosigkeit sogar noch genauso hoch wie heute sein und selbst im Jahre 2010 noch 2,6 Mio betragen, dabei in Westdeutschland noch 2,1 Mio und in Ostdeutschland 0,5 Mio. Auch die Prognos AG betont, daß diese Projektion zwar einen von ihr derzeit für wahrscheinlich gehaltenen mittleren Pfad beschreibt, aber jederzeit Abweichungen nach oben wie nach unten möglich sind.<sup>27</sup>

Für die Bewältigung der enormen Erfordernisse an Strukturwandel werden – neben Investitionen – Qualifikation und Flexibilität der Arbeitskräfte zu Schlüsselgrößen. Nach allen vorliegenden Projektionen dürften die Anteile des warenproduzierenden Gewerbes und innerhalb der Branchen die Anteile der unmittelbaren Produktionstätigkeiten und der Hilfstätigkeiten sowie der Bedarf an unqualifizierten Arbeitskräften drastisch sinken, nach den IAB/Prognos-Projektionen von 1989 für Westdeutschland z. B. der Anteil der einfachen Tätigkeiten von 27% 1985 auf 17% im Jahre 2010.<sup>28</sup> Im Anteil wachsen werden in allen Berufen und Branchen nur noch die qualifizierteren Dienstleistungstätigkeiten wie

---

<sup>26</sup> Prognos AG, Die Bundesrepublik Deutschland 2000–2005–2010, Basel, Mai 1993.

<sup>27</sup> Ebd., 1.

<sup>28</sup> Prognos AG, Arbeitslandschaft bis 2010 nach Umfang und Tätigkeitsprofilen, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 131, Nürnberg 1989.

Organisation und Management, Forschen und Entwickeln, Beraten, Betreuen, Lehren, Publizieren. Bilanziert man die vorliegenden strukturellen Entwicklungstendenzen auf der Bedarfs- und Angebotsseite des Arbeitsmarktes, so zeichnet sich die Gefahr sowohl eines zunehmenden Fachkräftemangels als auch erheblicher Qualifikationsdefizite ab.

Bei den ausländischen Zuwanderern aus Nicht-EG-Ländern handelt es sich bisher jedoch in der Mehrheit um unausgebildete und der deutschen Sprache kaum mächtige Personen. 1991 waren daher von allen ausländischen Arbeitnehmern 54% nur als Angelernte tätig im Vergleich zu 25% der Deutschen, fast 60% im warenproduzierenden Gewerbe (Deutsche zu 39%). 30% waren dabei mit den im Anteil bis 2010 fast um die Hälfte schrumpfenden unmittelbaren Produktionstätigkeiten des Gewinns/Herstellens befaßt (Deutsche zu 17%). Bei dieser Verteilung auf Branchen und Tätigkeiten dürfte die Ausländerbeschäftigung von den skizzierten Wachstumsperspektiven besonders negativ betroffen sein, abgesehen vermutlich von einem Sockel an relativ unattraktiven und/oder gering entlohnerten Tätigkeiten. Ohne erhebliche Integrations- und Qualifizierungsanstrengungen dürfte daher für viele Zuwanderer die Gefahr immer größer werden, über kurz oder lang arbeitslos zu werden. Dadurch könnte sich außerdem ein unkontrollierbares soziales Konfliktpotential immer größeren Ausmaßes ansammeln.

Vom Arbeitskräftebedarf her wäre – von wenigen Tätigkeitsfeldern abgesehen – nur die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte sinnvoll. Allerdings wäre es kurzfristig, außer acht zu lassen, daß es für die Herkunftsländer nachteilig sein könnte, wenn diese ausgerechnet die für ihren wirtschaftlichen Aufbau dringend erforderlichen dynamischen Fachkräfte an die Bundesrepublik verlieren würden, es sei denn, es wäre dort ein erhebliches Überangebot an Fachkräften und die Zuwanderung wäre nur vorübergehend, um in Deutschland Erfahrungen zu sammeln. Zur Deckung des drohenden Fachkräftemangels bleibt ansonsten nur die Qualifizierung einheimischer und zuwandernder Arbeitskräfte oder die zusätzliche Steigerung der Arbeitsproduktivität auch auf diesen Qualifikationsebenen durch vermehrten technisch-organisatorischen Fortschritt.

Die Produktivitätssteigerung wäre im übrigen generell ein zusätzlicher Ansatz zum Ausgleich eines Potentialrückganges. Beispielsweise könnte mit einer Beschleunigung des Produktivitätsfortschrittes um 0,5% p.a. zwischen 2010 und 2030 bereits etwa die Hälfte der in dieser Zeitspanne bei einem Wanderungssaldo von Null und unveränderter Erwerbsbeteiligung drohenden Verringerung des Arbeitskräfteangebots ausgeglichen

werden. Allerdings hängt das Tempo des technisch-organisatorischen Fortschritts wiederum auch von der Aktualität und Höhe der Qualifikation der Arbeitskräfte ab. Und diese könnte durch die Alterungstendenzen der Bevölkerung erheblich gefährdet werden.

#### 4. *Perspektiven des Generationenvertrages*

Häufig werden Einwanderungen als unabweislich zur Lösung der langfristigen Rentenprobleme gesehen.<sup>29</sup> Nun kann zwar, wie dargestellt, durch Zuwanderung ein Rückgang des Arbeitskräftepotentials abgeschwächt oder verhindert werden. Die Alterung der Bevölkerung kann jedoch dadurch bestenfalls nur etwas abgeschwächt werden, falls nicht vorwiegend junge Menschen zuwandern.

Bildet man zur Beurteilung der zukünftigen Alterslast nicht nur rein demographische, sondern um den Erwerbsstatus modifizierte Altenquotienten, bei denen nur noch ältere Nicht-Erwerbspersonen auf Erwerbspersonen bezogen werden, so ergibt sich folgendes Bild: Aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung würde sich auch dieser Quotient bis 2030 verdoppeln (von 30 auf 60%). Die Zunahme um 30%-Punkte ließe sich allerdings bis 2030 z. B. durch eine Förderung der Frauenerwerbstätigkeit um bis zu maximal 10%-Punkte und eine weitere Anhebung der Altersgrenze von 65 auf 70 Jahre um gut 6%-Punkte vermindern, insgesamt mithin bei diesen Annahmen etwa halbieren. Der Einfluß der in den IAB-Projektionen unterstellten, »normal strukturierten« Wanderungen auf dieses Ergebnis ist dagegen minimal. Erst wenn ständig im Umfang von jährlich mehreren Hunderttausend vorwiegend junge Leute per Saldo zuwandern würden, könnten Zuwanderungen die sogenannte »Alterslast« merklich mildern, wobei aber häufig übersehen wird, daß auch diese Zuwanderer eines Tages die Zahl der Rentner erhöhen.

---

<sup>29</sup> Derartigen Überlegungen liegt die sogenannte »Mackenroth-These« zugrunde, daß – gesamtwirtschaftlich gesehen – die Güter und Dienste für die in einer Periode nichtarbeitenden jüngeren und älteren Generationen im wesentlichen von der in dieser Periode jeweils arbeitenden Generation zur Verfügung gestellt werden müssen. Da die Versorgung der älteren Generation heute weitgehend kollektiv geregelt ist, steht dabei die Belastung der Erwerbstätigen durch die für die Rentenfinanzierung nötigen Umlagen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Von entscheidender Bedeutung ist hierfür zweifellos die demographische Entwicklung. Zur »Mackenroth-These« und ihren möglichen Modifikationen sowie zu weiteren Aspekten des »Generationenvertrages« vgl. u. a. *Friedrich Buttler/Gerhard Kühlewind* (Hg.), *Erwerbstätigkeit und Generationenvertrag – Perspektiven bis 2030* –, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Bd. 130, Nürnberg 1989.

Zu wenig beachtet wird dagegen nicht selten die Bedeutung eines hohen Beschäftigungsgrades. Gegenwärtig ließe sich die Belastung der arbeitenden Generation allein hierdurch schon um einige Prozentpunkte verringern. Z.B. betrug 1992 in Gesamtdeutschland der Anteil aller Erwerbstätigen an der Bevölkerung 44,5%, der Anteil des gesamten Erwerbspersonenpotentials jedoch 51,6%. Diese globale Potential-Erwerbsquote würde selbst ohne jegliche Nettozuwanderung und ohne Steigerung der Frauen- und Alterserwerbsbeteiligung bis 2030 nur auf 44,4% absinken und damit nur auf das Niveau der westdeutschen Potentialerwerbsquoten in den Vollbeschäftigungsjahren 1968 bis 1973 bzw. der derzeitigen Erwerbstätigenquote. Das Alterssicherungsproblem ist demzufolge zu einem erheblichen Teil erstens auch ein Vollbeschäftigungsproblem und zweitens ein Problem der Akzeptanz einer Umverteilung von der noch weitgehend individuell getragenen »Jugendlast« zur kollektiven »Alterslast«.

#### IV. ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUßFOLGERUNGEN

Betrachtet man die Aussagen der voranstehenden Abschnitte im Zusammenhang, so ergibt sich für die demographischen und ökonomischen Auswirkungen einer Zuwanderung ein sehr differenziertes Bild. Grundsätzlich ist in einem Industrieland wie der Bundesrepublik Bevölkerungswachstum dem wirtschaftlichen Expansionsklima förderlich. Auch ein Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderungen kann sich per Saldo letztlich günstig auf Wirtschaftswachstum, Arbeitsmarkt und öffentliche Haushalte einschl. der Sozialversicherungen auswirken.

Diese grundsätzlich positive Einschätzung ist jedoch in viererlei Hinsicht einzuschränken: Erstens scheint die positive Wirkung sehr ausgeprägt vom Anteil qualifizierter Erwerbspersonen bei den Zuwanderern abzuhängen. Zweitens erhöhen die Zuwanderer zunächst die Zahl der Arbeitssuchenden und die öffentlichen Ausgaben. In Krisen- oder Rezessionszeiten kann diese Belastung des Arbeitsmarktes und der öffentlichen Haushalte auch länger anhalten und Verfestigungstendenzen bei der Arbeitslosigkeit verstärken, zumal bei größeren und anhaltenden Zuwanderungsschüben. Drittens vermag eine Zuwanderung den Alterungsprozeß und die daraus resultierenden strukturellen Probleme etwa bei der Alterslast nicht wesentlich zu mildern, es sei denn, es wanderten in größerem Umfang nur Jugendliche zu. Viertens berücksichtigt diese demographisch-ökonomische Global-Analyse weder sektorale, regionale

und andere strukturelle Besonderheiten noch soziale Folgeprobleme und die sonstigen gesellschaftspolitischen Fragen.

Insgesamt gesehen dürften die Zuwanderungen in die Bundesrepublik bis zum Beginn der derzeitigen Rezession im Jahre 1992 in ökonomischer Sicht überwiegend eine Stütze gewesen sein, desgleichen in den Rezessionsjahren Mitte der 70er und Anfang der 80er Jahre auch die Begrenzung der Zuwanderungen durch den Anwerbestopp. Solange die derzeitige hohe Arbeitslosigkeit anhält, bedeuten weitere Netto-Zuwanderungen jedoch auch ökonomisch eher eine Belastung. Dies gilt insbesondere für unqualifizierte und der deutschen Sprache kaum mächtige Zuwanderer, da der Anteil der Arbeitsplätze für unqualifizierte Arbeit in Zukunft drastisch sinken wird.

Die häufig aufgrund des Geburtenrückganges befürchtete allgemeine Arbeitskräfteknappheit ist vorerst nicht in Sicht. Bereits der noch zu erwartende Aussiedlerzustrom dürfte im Verein mit den steigenden westdeutschen Frauenerwerbsquoten und der Wiederanhebung der Altersgrenze auf 65 Jahre ausreichen, das Arbeitskräftepotential bis 2010 nicht absinken zu lassen. Allerdings ist mit anhaltendem Fachkräfte- und Nachwuchsmangel zu rechnen.

Selbst nach 2010, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter kommen, besteht kein Zwang zu umfangreicheren Zuwanderungen. Möglichkeiten, einen Potentialrückgang zumindest teilweise zu kompensieren wären: höhere Alters- und Frauenerwerbstätigkeit, längere Jahresarbeitszeiten, Forcierung des Produktivitätsfortschritts, Ansatzpunkte, die aber ebenfalls Probleme aufwerfen und sicherlich einen massiven Ausbau der Weiterbildung sowie erheblich flexiblere und individuellere Jahresarbeitszeiten und Übergänge in den Ruhestand voraussetzen.<sup>30</sup> Der drohende Anstieg der Gesamtbelastung der Erwerbstätigen zur Versorgung der Nichterwerbstätigen könnte außerdem entscheidend durch den Abbau der Arbeitslosigkeit verringert werden.

Ohne weitere Netto-Zuwanderungen würde allerdings die Bevölkerung in Zukunft zunehmend schrumpfen. Dies könnte die Absatz- und Wachstumserwartungen der Wirtschaft dämpfen und die Wirtschaftsprobleme verstärken. Bei weiter fortschreitender Internationalisierung und

---

<sup>30</sup> Zu den Konsequenzen der Alterung vgl. auch *Hans-Jörg Bullinger/Volker Volkholz/Konrad Betzl/Annegret Köchling/Wolfram Risch* (Hg.), *Alter und Erwerbsarbeit der Zukunft*, Berlin-Heidelberg 1993; *Wolfgang Klauder*, Arbeitsmarkt und Ausscheiden Älterer aus dem Erwerbsleben – gegenwärtige und zukünftige Tendenzen und Probleme, in: *Sozialer Fortschritt* 4/89, 85–95.

Auslandsorientierung der Wirtschaft werden die Inlandsmärkte jedoch für viele Wirtschaftszweige zugunsten der Auslandsmärkte weiter an Bedeutung verlieren.

Angesichts der internationalen Tendenzen dürften aber ohnehin gewisse Nettozuwanderungen unvermeidbar sein. Wie gezeigt, bilden diese auch eine Alternative zu anderen Ansatzpunkten bei der Anpassung von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Sozialsystem an niedrige Geburtenziffern und Alterung, können mithin die Anpassungslast an anderer Stelle mildern. Voraussetzung ist aber zweifellos, daß nicht durch einen unkontrollierten Zustrom die jeweilige Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes und die Qualifizierungs- und Integrationsfähigkeit der Zuwanderer sowie die Absorptionsbereitschaft der einheimischen Bevölkerung überfordert werden. Hierzu bedarf es einer sowohl integrierenden als auch reglementierenden bewußten Einwanderungspolitik, abgestimmt mit den übrigen EG-Ländern und verknüpft mit vermehrten Schritten zur Lösung der Wirtschafts- und Beschäftigungsprobleme der Herkunftsländer.<sup>31</sup>

Dr. Wolfgang Klauder ist Leitender Wissenschaftlicher Direktor und Leiter des Arbeitsbereiches »Mittel- und langfristige Vorausschau« im »Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit«.

---

<sup>31</sup> Vgl. *Wolfgang Klauder*, Konsequenzen der Ausländerbeschäftigung für die Politik: von der Notwendigkeit und Struktur eines Gesamtkonzepts, in: *Klaus J. Bade* (Hg.): *Auswanderer, Wanderarbeiter, Gastarbeiter – Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Bd. 2, Ostfildern 1984, 804–808.